

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 29. Juni 2017

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Michael Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Claassen, Cyperrek, Denzler, Escher, Herzog, Heuer, Höfler, Kiefer, Koesler, Krämer, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach (ab 20.15 Uhr), Salinas de Huber, Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl, Wernthaler, Wiesiollek
Entschuldigt:	Böhringer, Di Prima, Glattacker, Schlecht, Sommer
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Buchauer (ab 19.00 Uhr) Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Fachbereichsleiterin Staub-Abt Geschäftsführerin Ziegler-Jung (19.15 bis 19.45 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (19.40 bis 20.40 Uhr) Fachbereichsleiter Dullisch Betriebsleiter Schäfer (ab 20.55 Uhr) Frau Dr. Schwarz, FB Bürgerdienste (19.40 bis 20.05 Uhr) Herr Ebner, WFL (19.40 bis 19.45 Uhr) Herr Schreiber, FB Jugend/Schulen/Sport (19.45 bis 20.20 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Salinas de Huber und Stadtrat Oehler
Schriftführung:	Frau Heinze und Herr Ockenfuß
Beginn:	18.30 Uhr
Ende:	21.15 Uhr

TOP 1

Wohnraumoffensive 2025

Vorlage: 111/2017

sowie

TOP 2

Neumatt-Brunnwasser - Neue städtebauliche Ideen im Rahmen der Wohnraumoffensive 2025

Vorlage: 114/2017

Aufgrund des thematischen Zusammenhangs schlägt der Vorsitzende die gemeinsame Behandlung beider Tagesordnungspunkte vor. Hiergegen werden vom Gemeinderat keine Bedenken geäußert.

Der Vorsitzende führt in die Anliegen der Beschlussvorlagen ein. Er merkt an, dass man auf Wunsch des Gremiums zur Bebauung auf dem Salzert und dem Bereich Neumatt-Brunnwasser Stellung beziehen werde.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić nimmt Bezug auf das Antragsgesuch der CDU- und der Grünen-Fraktion. Angesichts ihrer ausführlichen Präsentation im Hauptausschuss, geht sie lediglich auf einzelne Aspekte ein. So stellt sie dar, dass die Planung einer Wohnbebauung im Gebiet Salzert-Nord in Angriff genommen werde (Anlage 1). Aus verschiedensten Gründen sei eine Bebauung Salzert-Süd aktuell nicht umsetzbar. Der Bereich Salzert-Mitte biete noch Potential zur Verdichtung. Sie verweist auf eine Information der Bürgerschaft am 12. Juli 2017. Des Weiteren geht Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić auf das Gebiet Neumatt-Brunnwasser ein, das für Sport, Grün und Wohnen vorgesehen werde. Eine erste Planung des Büros Pesch liege vor. Der Wohnbauflächenbereich könne Wohnraum für bis zu 600 Menschen bieten. Übergangsweise sei während der Planungszeit die Errichtung einer Anschlussunterbringung denkbar. Auch hierzu finde eine öffentliche Informationsveranstaltung statt. Sie zieht ein Zwischenfazit zum Stand der Wohnraumoffensive und verweist auf die Verflechtung mit dem Potentialmodell.

Stadtrat Lusche bitte für den weiteren Sitzungsverlauf auf Präsentationen zu den Tagesordnungspunkten zu verzichten, die in den Ausschüssen bereits eingehend vorbereitet worden seien. Der Wunsch findet im Gemeinderat Zustimmung.

Aus der Zuhörerschaft meldet sich Herr Fraber zu Wort und bittet um Auskunft, wie viele Wohneinheiten auf dem Salzert angedacht werden. Der Vorsitzende wiederholt, dass eine Bebauung Salzert-Süd derzeit nicht weiterverfolgt werde. Bei den weiteren Darstellungen handle es sich um erste unverbindliche Überlegungen, daher sei keine konkrete Aussage möglich.

Stadtrat Lusche hält die vorgestellte Aufarbeitung für eine Win-win-Situation und eine wichtige Gesamtschau. Die gesetzlichen Möglichkeiten sollten ausgeschöpft werden und Lörrach einen Charakter als Stadt zum Wohnen, Sport und Arbeiten erhalten. Er begrüßt die frühzeitige Kontaktaufnahme mit den Sportvereinen sowie die Bürgerinformation in

Sachen Flüchtlingsunterbringung. Wohnraum müsse stets auf eine verträgliche Art und Weise geschaffen werden.

Stadträtin Kurfeß dankt ebenfalls für die ausführliche Beantwortung. Bei Planungen müsse stets auch an die künftigen Einwohner der Stadt gedacht werden. Ihre Fraktion habe die Diskussion zur Salzert-Erweiterung mitgetragen. Die Überlegungen in Sachen Neumatt-Brunnwasser halte sie für schlüssig.

Stadtrat Bernnat merkt an, dass die Alternative Salzert-Süd wünschenswert sei, man aber hinter den Überlegungen der Stadt stehe. Er gibt zu bedenken, dass es bei der Schaffung neuen Wohnraums zu diversen Zielkonflikten kommen werde und es die Aufgabe des Rates sei, diese zu lösen. Die Planungen für den Bereich Neumatt-Brunnwasser seien wichtig und werden weiterentwickelt. Seine Fraktion werde dies positiv begleiten.

Stadtrat Claassen bedankt sich für die Antragstellung und hofft, dass die Zahlen ausreichen werden. Eine Kooperation der Tennisvereine im Bereich Neumatt-Brunnwasser halte er für positiv. Grundsätzlich solle die Stadt aktiv Grundstückskäufe tätigen. Des Weiteren hält er die Festsetzungen des Märkte- und Zentrenkonzeptes für den Ortsteil Haagen für nachteilig. Dieses solle überdacht werden.

Stadtrat Simon verweist auf die Einbindung der Vereine hinsichtlich der Fläche Neumatt-Brunnwasser. Er gibt zu bedenken, dass sich die Bevölkerung des Ortsteils Haagen um eine Drittel erhöhen werde und dringend an der Infrastruktur gearbeitet werden müsse. Zudem habe der Ortschaftsrat einen verträglichen Vorschlag für die Errichtung einer Flüchtlingsunterbringung gemacht.

Auf Nachfrage von Stadtrat Vogel teilt der Vorsitzende mit, dass derzeit eine Anschlussunterbringung für 200 Personen geplant werde. Stadtrat Vogel bittet darum, den Bau einer generellen Anschlussunterbringung und die Integration der Menschen zu planen, damit nicht die Gefahr der Ghattobildung bestehe. Der Vorsitzende erklärt, dass dies nicht Thema der heutigen Sitzung sei.

Von Stadtrat Heuer wird eingewandt, dass die Wohnbaugesellschaften, Genossenschaften und privaten Bauträger ebenfalls neuen Wohnraum schaffen würden, der in die Statistik einfließen müsse.

Der Vorsitzende nimmt auf die angesprochene Infrastruktur des Ortsteils Haagen Bezug. Er sagt, dass die Ansiedlung eines Marktes möglich sei, wenn hierfür eine gute städtebauliche Lösung vorgelegt würde. Konkret liege der Ball bei dem interessierten Investor. Stadtrat Simon entgegnet, dass bereits vor einem Jahr eine Machbarkeitsstudie seitens der Verwaltung versprochen worden sei. Der Vorsitzende widerspricht dahingehend, dass auch hierzu die Bereitschaft zur Umsetzung durch den Eigentümer gegeben sein müsse. Von Seiten der Verwaltung sei man aufgeschlossen, wenn Ideen an sie herangetragen werden.

Stadtrat Vogel erkundigt sich nach der allgemeinen Vorgehensweise der Information des Rates und der Öffentlichkeit. Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić erklärt am Beispiel des Gebiets Neumatt-Brunnwasser, dass man die ersten Überlegungen zunächst dem Gemeinderat vorstelle und hiernach eine frühzeitige öffentliche Information der Bürgerschaft und Akteuren, wie Vereine, vorsehe.

Abschließend berichtet Bürgermeister Dr. Wilke, dass das Thema Anschlussunterbringung im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales nichtöffentlich vorberaten wurde, dann in einer Bürgerinformation vorgestellt und letztlich im Juli öffentlich in den Gremien behandelt werde.

Der Vorsitzende merkt zum Beschlussvorschlag der Vorlage 114/2017 an, dass in Ziffer 2 der Zeitpunkt auf nach den Sommerferien abgeändert werden solle. Der Gemeinderat hat hiergegen keine Bedenken.

zu TOP 1:

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen der Verwaltung zum Themenbereich "Wohnraum schaffen"/"Wohnraumoffensive 2025" Kenntnis und bestätigt die gesetzten Prioritäten.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem eingeschlagen Weg weiter voran zu schreiten und einmal im Jahr über den Sachstand „Wohnraumoffensive 2025“ zu berichten.

zu TOP 2:

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden geänderten Beschluss:

1. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach nimmt die Ausführungen zu den neuen Überlegungen der Verwaltung für den Bereich „Neumatt-Brunnwasser“ zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bürgerinnen und Bürger in den beiden Ortsteilen Haagen und Hauingen **nach der Sommerpause** über die neue Planungsidee der baulichen Entwicklung des Areals „Neumatt-Brunnwasser“ zwischen Hauingen und Haagen zu informieren, um so frühzeitig Anregungen und Bedenken entgegen zu nehmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Gremien des Gemeinderates nach der Sommerpause ein Konzept zum weiteren Vorgehenden vorzulegen.

TOP 3

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Kanderner Straße"

- Bericht über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren
- Beschluss zur Auslegung gemäß § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 BauGB

Vorlage: 070/2017

Auf Nachfrage des Vorsitzenden verzichtet der Gemeinderat auf eine Erläuterung und Beratung der Beschlussvorlage.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Vom Bericht über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren wird Kenntnis genommen.
2. Dem vorliegenden Satzungsentwurf zum Bebauungsplan und den Örtlichen Bauvorschriften „Kanderner Straße“ wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Auslegung gem. § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 BauGB durchzuführen.

TOP 4

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Lingertrain"

- Bericht über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren
- Beschluss zur Offenlage gemäß § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 BauGB

Vorlage: 061/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und teilt mit, dass die Anwohner des betroffenen Bereiches zur Vorberatung im Hauptausschuss eingeladen gewesen seien und man das Vorhaben ausführlich vorgestellt habe.

Hierauf fasst der Gemeinderat einstimmig bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Vom Bericht über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren wird Kenntnis genommen. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen erfolgt entsprechend der tabellarischen Aufstellung in Anlage 6 der Vorlage.
2. Dem vorliegenden Offenlageentwurf zum Bebauungsplan und den Örtlichen Bauvorschriften „Lingertrain“ wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die förmliche Auslegung gem. § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 BauGB durchzuführen.

TOP 5

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Gewerbegebiet Brombach Ost"

Information zum Verfahrensstand

Vorlage: 085/2017

Auf Nachfrage des Vorsitzenden verzichtet der Gemeinderat auf eine Erläuterung der Beschlussvorlage.

Stadtrat Oehler erklärt, dass die SPD-Fraktion die Variante B favorisiere und sich für einen zweigeschossigen Neubau des Museumsdepots mit einer gewerblichen Nutzung des Obergeschosses ausspreche. Der Vorsitzende bestätigt, dass dies ebenfalls die Absicht der Verwaltung sei.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Information zum Verfahrensstand im Bebauungsplanverfahren „Gewerbegebiet Brombach Ost“ wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6

Fortschreibung des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes für die Stadt Lörrach

Vorlage: 063/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Alle Fraktionen loben den Bericht als gutes Nachschlagewerk und unterstützen das vorgeschlagene Handlungsszenario II.

Stadtrat Heuer sieht in der Sicherung von Gewerbeflächen durch Verhinderung schleichender Umnutzungen von Gewerbeflächen in Wohnflächen einen Wehrmutstropfen für Bauträger. Der Erfolg liege in einer guten Kommunikation mit den privaten Eigentümern.

Stadträtin Cyperrek befürwortet einen breit aufgestellten Wirtschaftsstandort, bei dem neben dem wachsenden Dienstleistungssektor das Gewerbe ein wichtiges ökonomisches Standbein für Lörrach bleibe. Grundbesitz sei der Schlüssel zum Erfolg. Man müsse alle Möglichkeiten des Planungsrechts ausschöpfen und auf die privaten Eigentümer zugehen. Das Städtebauliche Entwicklungskonzept zeige Ansatzpunkte auf. Fehlentwicklungen gelte es zu vermeiden. Die Ansiedlung großer Logistikunternehmen wie in Steinen sei nicht anzustreben. Sie votiere ggfs. für eine Verschärfung und eine strengere Kontrolle der Einhaltung der Vergabekriterien.

Angeichts des Flächenmangels hält Stadträtin Kurfeß den Leerstand des Vogelbach-Areals sowie weiterer Gewerbebrachen für unerträglich. Sie appelliert an alle Gemeinden der Region, gemeinsam zu denken statt in Konkurrenz, da auch die Einwohner häufig nicht am gleichen Ort leben und arbeiten. Sie bittet den Vorsitzenden, diesen Gedanken zu fördern.

Stadtrat Claassen sieht in einem interkommunalen Austausch weniger Potential. Stattdessen bittet er, die Gründung einer städtischen Entwicklungsfirma für Grunderwerb und Flächenentwicklung zu prüfen.

Der Vorsitzende geht auf die Wortmeldungen ein. Er teilt mit, dass eine Entwicklung des Vogelbach-Areals erst dann Sinn mache, wenn dieses mit der Fläche des Kreisklinikums mitgedacht werden könne. Unter dem Thema Entwicklungskorridor Wiesental erfolge ein interkommunaler Austausch, aber im konkreten Fall sei jede Gemeinde sich i.d.R. selbst am nächsten. Er dankt dem Team der WFL Wirtschaftsförderung Lörrach für den wertvollen Bericht.

Der Gemeinderat fasst hierauf einstimmig folgenden Beschluss:

1. Vom Bericht zur Fortschreibung des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes für die Stadt Lörrach wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zur Stabilisierung des bestehenden gewerblichen Sektors (Szenario II) und zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

TOP 7

Bedarfsorientierte Sozialbetreuung von geflüchteten Menschen

Vorlage: 086/2017

Bürgermeister Dr. Wilke stellt die Beschlussvorlage vor, die bereits in beiden Ausschüssen vorberaten worden sei. Er sei froh über den beschlossenen Pakt für Integration. Ärgerlich sei jedoch, dass die zugehörige Verwaltungsvorschrift mit Aussagen über Projekte und Zuschüsse noch ausstehe. Es sei wichtig, dass der Integrationsplan in städtischer Hand liege. Daher solle das Welcome Center im Rathaus angesiedelt werden. Nach Vorliegen der Verwaltungsvorschrift sei bekannt, wie viele Stellen für die bedarfsorientierte Sozialberatung gefördert würden. Hinsichtlich der Übernahme der Sozialberatung stehe man auch mit freien Trägern im Gespräch.

Stadtrat Escher bedankt sich für die Beschlussvorlage und erklärt die Zustimmung der CDU-Fraktion. Das Welcome Center sei zwingend im Rathaus anzusiedeln. Zudem merkt er an, dass die Betreuung in einer Gemeinschaftsunterkunft nicht mit der einer Anschlussunterbringung gleichgesetzt werden könne.

Stadtrat Bernnat teilt mit, dass die SPD-Fraktion die Anstrengungen der Stadt unterstütze. Auch er plädiere für das Welcome Center im Rathaus. Die Stellen der Sozialberatung müssten an den tatsächlichen Bedürfnissen und nicht anhand der Verwaltungsvorschrift bemessen werden. Sobald diese vorliege, solle nochmals diskutiert werden.

Von Stadträtin Salinas de Huber wird verdeutlicht, dass das Welcome Center und die Sozialberatung wichtige Meilensteine der Integration und eine Investition in die Zukunft seien. Die Grünen-Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Stadtrat Claassen betont, dass eine qualitative Betreuung der Flüchtlinge zwingend geboten sei.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Integration in der Gemeinschaftsunterkunft und in der Anschlussunterbringung wichtig sei.

Stadtrat Vogel fragt, ob die Maßnahmen weitergeführt würden, auch wenn keine Fördermittel mehr gewährt würden. Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass eine Förderung gewährt würde, aber man noch unsicher sei, für welche Aufgabe diese erfolge.

Hierauf fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Einrichtung eines Welcome Centers am Rathaus zur Umsetzung der bedarfsorientierten Sozialbetreuung in Lörrach wird zugestimmt. Hierfür ist eine befristete Vollzeitstelle zu schaffen. Diese ist im Rahmen des Pakts für Integration zu beantragen.
2. Im Rahmen des Pakts für Integration soll zusätzlich der Antrag für 2-4 befristete Vollzeitstellen zur Sozialberatung der geflüchteten Menschen gestellt werden.
3. Die Option der eigenverantwortlichen Erledigung der Aufgaben oder die Übertragung auf die Träger der freien Wohlfahrtverbände wird geprüft.

TOP 8

Hans-Thoma-Gymnasium: Brandschutzmaßnahmen und zweiter baulicher Rettungsweg mit elektrotechnischer Sanierung

Vorlage: 075/2017

Bürgermeister Dr. Wilke führt in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein. Er verweist auf die Vorberatungen im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales und gibt an, dass die Stadt an dieser Stelle „in den sauren Apfel beißen müsse“.

Stadtrat Denzer erklärt, dass er nicht gegen Regelungen des Brandschutzes habe argumentieren wollen. Es müssten jedoch auch kritische Fragen hinsichtlich der Kosten erlaubt sein. Auch die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen müsse interfragt werden. Man müsse schließlich nicht alle Auflagen zweihundertprozentig erfüllen.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Planung der Brandschutzmaßnahmen, des zweiten baulichen Rettungswegs und die elektrotechnische Sanierung am Hans-Thoma-Gymnasium mit Kosten in Höhe von 2.739.000 Euro werden genehmigt.

TOP 9

Neubau für den Evang. Kindergarten Haagen zum Standorterhalt

Vorlage: 062/2017

Bürgermeister Dr. Wilke führt kurz in die Thematik der Vorlage ein. Er halte die Lösung für eine gute Lösung für Haagen.

Stadträtin Krämer erklärt, dass die Plätze in Haagen definitiv gebraucht würden. Es sei überdies gut, dass die Kindergärten in Haagen gehalten werden können da diese eine wichtige Funktion erfüllen. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadtrat Simon signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD. Es müsse jedoch beachtet werden, dass der Gemeindesaal, welcher nun abgerissen werde auch ersetzt wird. Es brauche weiterhin eine Örtlichkeit für verschiedene Vereine und Institutionen im Ortsteil Haagen.

Stadträtin Kurfeß signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen.

Stadtrat Claassen signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Dem Neubau eines Gebäudes für den evang. Kindergarten Haagen für den Betrieb von zwei Kindergartengruppen wird grundsätzlich zugestimmt; vorausgesetzt wird, dass die evang. Kirchengemeinde Rötteln die Abriss- und Entsorgungskosten des Bestandsgebäudes trägt und die Erstausrüstung in Eigenleistung finanziert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für den Neubau des Kindergartens zu beginnen. Hierfür werden Planungsmittel in Höhe von 200.000 € im Haushalt 2018 bereit gestellt. Maßgabe soll sein, eine kostengünstige und Mitte des Jahres 2020 bezugsfertige Einrichtung zu realisieren.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der evang. Kirchengemeinde Rötteln einen Erbbaurechtsvertrag abzuschließen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger die übergangsweise Unterbringung des Betriebs des evang. Kindergartens in die neue Kita in der Alten Schule Haagen zu planen.

TOP 10

Grundschullandschaft in Lörrach

Vorlage: 092/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Bürgermeister Dr. Wilke begrüßt die erschienenen Vertreter des Gesamtelternbeirats der Stadt Lörrach und erläutert sodann die wesentlichen Grundzüge der Beschlussvorlage.

Stadtrat Kiefer bedankt sich für die Vorlage und signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU. Er halte es für wichtig, dass die Verwaltung die Belange der Schulen und Eltern im Rahmen des Prozesses berücksichtigt. An der gebundenen Ganztagschule bestehe seiner Meinung nach nur ein geringes Interesse. Er bittet indes darum, die Gespräche im Rahmen des Entwicklungsprozesses protokollarisch zu dokumentieren.

Stadtrat Bernnat hält es für wichtig, dass die Standorte Albert-Schweitzer sowie Neumatt gehalten werden können. Problematisch sei, dass man aufgrund von Verzögerungen durch die anderen Schulen ein weiteres Jahr an Zeit verliere. Insgesamt müsse mit der Situation pragmatisch umgegangen werden.

Stadtrat Wernthaler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zu der Vorlage. Es bestünden gute Gründe für den Erhalt der Albert-Schweitzer-Grundschule und der Neumatt-Grundschule. Die Schule und die Eltern müssten zeitnah und umfassend über die weiteren Entwicklungen informiert werden. Der Prozess der Grundschulentwicklungsplanung sei zu Beginn ins Stocken geraten. Künftig brauche es einen tragfähigen und transparenten Prozess. Auch die Schulen selbst müssten die Entwicklung der Schullandschaft in der Stadt im Blick behalten.

Stadtrat Claassen führt aus, dass der von der Stadt in Auftrag gegebene Schulentwicklungsprozess anfangs schwierig angelaufen sei, jetzt aber zu einem zumindest vorerst guten Ergebnis geführt habe. Die Grundschulstandorte Albert-Schweitzer und Neumatt brauche es definitiv. Auch der Gesamtelternbeirat stimme dem zu. Der Bedarf an Ganztages- und Halbtagesbetreuung müsse noch eruiert werden.

Stadtrat Lusche gibt an, dass hinsichtlich der Beschlussziffer 1 Konsens bestehe. Bei der Beschlussziffer 2 gehe es um Grundlegendes. Hier müsse weiterhin mit Schulen und Eltern diskutiert werden.

Stadtrat Pichlhöfer gibt an, dass die Beschlussziffer 2 nochmals diskutiert werden müsse. Er fragt, ob es tatsächlich an zwei Grundschulen eine Ganztagesbetreuung geben solle und wie diese ausgestaltet werde.

Stadtrat Berg bittet darum bei Beschlussziffer 1 den Zusatz „bis auf weiteres“ zu streichen.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass es bei der Abgrenzung von Kompetenzen dahingehend Probleme gebe, dass nicht klar sei, wer letztlich was entscheide.

Stadtrat Bernnat bittet darum jetzt nicht einzelne Betreuungsformen zu diskutieren und mögliche Entscheidungen vorwegzunehmen. Er beantragt das Ende der Diskussion.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Aufgrund der wachsenden Schülerzahlen bleiben die beiden Schulstandorte Albert-Schweitzer-Schule und Neumattschule erhalten.
2. Von einer möglichen neuen Struktur der Lörracher Grundschulen (verbindliche Ganztagschulen – „verbindliche“ Halbtagschulen) wird Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der weiteren Entwicklung der Grundschullandschaft mit den Grundschulen in engem Kontakt zu bleiben und zu gegebener Zeit über Zwischenergebnisse zu berichten.

TOP 11

Einstieg in den neuen Zieleprozess für das Haushaltsjahr 2018 (ff.)

"Das Leitbild der Bürgerschaft in Politik und Verwaltung"

Verknüpfung politischer Schwerpunkte mit den Zielen des Leitbildes der Bürgerschaft

Vorlage: 115/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Stadträtin Bachmann-Ade signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD. Die Bürger seien im Leitbildprozess beteiligt worden und dieser sei auch transparent und kommunikativ durchgeführt worden.

Stadtrat Berg signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zu der Vorlage. Es sei gut gewesen, dass Vertreter verschiedener Zielebenen an dem Prozess beteiligt worden seien. Es sei als positiv zu bewerten, dass sich viele Aspekte des Umwelt- und Klimaschutz in dem Katalog finden lassen. Gerade hier gebe es beim Gemeinderat selbst noch einigen Nachholbedarf.

Der Vorsitzende hält diese Aussage nicht für zutreffend. Er sehe große Übereinstimmungen zwischen dem Gemeinderat und den Bürgern.

Der Gemeinderat fasst sodann, bei zwei Enthaltungen, einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag der Verwaltung für die strategischen und operativen Ziele (Leitziele der Verwaltung) auf Grundlage der „Zentralen Handlungsfelder“ als Ergebnisse der Klausur des Gemeinderats (Vorlage 097/2015) sowie deren Verknüpfung mit den Zielen des Leitbildes der Bürgerschaft als Einstieg in den neuen Zieleprozess zu.

TOP 12

Masterplan Mobilität: Sachstand und Fazit 2013 - 2016

Vorlage: 050/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass der Masterplan ein gutes Werkzeug dargestellt habe. Die offenen Punkte aus dem Masterplan sollen noch abgearbeitet werden, dann werde der Masterplan Mobilität durch eine strategische Mobilitätsplanung ersetzt.

Stadtrat Escher signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU zu der Vorlage. Es müsse nun baldmöglichst ein Verkehrsplaner eingestellt werden. Er hoffe, dass die Gremien in Verkehrsfragen weiterhin eng in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Der zuständige Fachbereich möge die Integrierte Verkehrskommission wieder ins Leben rufen. Es sollten künftig wieder alle Verkehrsfragen in den Gremien thematisiert werden.

Stadträtin Cyperek erinnert daran, dass aus dem Rat heraus vor einem Jahr eine Erneuerung des Masterplans Mobilität gefordert worden sei. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage so zustimmen. Die Stadt müsse weiterhin den ÖPNV im Blick behalten. Man müsse kurzfristig gut planen und die entsprechenden Ziele setzen. Die Wiedereinsetzung der Integrierten Verkehrskommission halte sie für sinnlos.

Stadtrat Wernthaler tut kund, dass die Integrierte Verkehrskommission aus der Zeit gefallen sei. Anhand des Masterplans Mobilität sei viel geleistet worden. Im Masterplan an sich habe nicht jede einzelne Maßnahme festgehalten werden müssen. Es brauche Ziele um diese zu erreichen. Die bisherigen Ziele dürfe man dabei nicht außer Acht lassen.

Stadtrat Claassen betont, dass die strategische Mobilitätsplanung wichtig sei. Er warte auf die baldige Einstellung eines Verkehrsplaners.

Stadtrat Lusche betont, dass Lörrach eine, auch von ortsansässigem Gewerbe geprägte, Einkaufsstadt sei. Er bittet darum dies im Rahmen der künftigen strategischen Mobilitätsplanung zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Stadt mit der Erhebung des Modal Split eine gute Grundlage für die künftige strategische Mobilitätsplanung geschaffen habe. Hinsichtlich der Einstellung eines Verkehrsplaners werde es demnächst erste Vorstellungsrunden geben. Hinsichtlich der Integrierten Verkehrskommission müsse deren Legitimation beziehungsweise Entscheidungskompetenz geklärt werden. Grundsätzlich solle der Gemeinderat bei allen Entscheidungen miteinbezogen werden.

Stadtrat Escher schlägt vor, die Integrierte Verkehrskommission als informelles Gremium zu nutzen und Entscheidungen im Ausschuss beziehungsweise im Gemeinderat zu treffen.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Sachstand des Masterplans Mobilität im Zeitraum von 2013 – 2016 Kenntnis. Die im Masterplan aufgeführten Vorschläge und Ideen werden im Rahmen der Strategischen Mobilitätsplanung weiterbearbeitet.

TOP 13

Straßenbau Erschließung Belist in Lörrach-Haagen;

Auftragsvergabe

Vorlage: 116/2017

Bürgermeister Dr. Wilke führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Auftragsvergabe für den Straßenbau an die Firma Johann Joos GmbH & Co KG aus Hartheim zum angebotenen Preis in Höhe von 1.581.651,96 € wird zugestimmt.

TOP 14

Baugebiet Belist - Kanalisation - Auftragsvergabe

Vorlage: 110/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Das Gremium stimmt der Auftragsvergabe zur Ausführung der Kanalisationsmaßnahmen durch die Fa. Johann Joos, Tief- und Straßenbauunternehmung GmbH & Co.KG aus 79258 Hartheim zu einem Angebotspreis von 778.920,41 € brutto zu.

TOP 15

Ausscheiden von Stadtrat Matteo Di Prima aus dem Gemeinderat der Stadt Lörrach

Vorlage: 097/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Stadtrat Matteo Di Prima scheidet gemäß § 16 GemO aus dem Gemeinderat aus.

TOP 16

Ablehnung der ehrenamtlichen Tätigkeit als Stadtrat von Herrn Ramand Kadir

Vorlage: 128/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Ablehnung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Herrn Ramand Kadir wird aus wichtigem Grund gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 4 GemO anerkannt.

TOP 17

Städtische Vertreter im Districtsrat des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB)

- Änderung

Vorlage: 096/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Gegenstimme mehrheitlich den folgenden Beschluss:

Der geänderten Entsendung von Gemeinderatsmitgliedern in den Districtsrat des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) wird zugestimmt.

TOP 18

Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und sonstigen Zuwendungen gemäß § 78 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg

Vorlage: 117/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der vorliegenden Beschlussvorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der dargestellten Spenden wird zugestimmt.

TOP 19

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

19.1

Der Vorsitzende informiert über die Personalentscheidung des Gemeinderats in der Sitzung vom 18. Mai 2017:

„Frau Sonja Raupp wird zum 1. Juli 2017 als stellv. Fachbereichsleiterin im Fachbereich Kultur und Tourismus eingestellt. Die Eingruppierung erfolgt in die Entgeltgruppe 11 TVöD.“

19.2

Der Vorsitzende erinnert, dass ab dem 1. September 2017 die ortsübliche Sitzungsbekanntgabe der Stadt Lörrach nur noch über das Internet erfolge. Der Aushang im Ratshausschaukasten erfolge weiterhin, jedoch lediglich im Sinne eines Service-Angebots.

19.3

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Stadt Lörrach durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit mit einem Preis im Bereich Städtebau ausgezeichnet wurde. Das grenzüberschreitende Projekt der Gemeinde Riehen, des Kantons Basel-Stadt und der Stadt Lörrach, das auch ein Projekt der IBA Basel 2020 (Internationale Bauausstellung) ist, sei in das Städtebauförderprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus 2017“ aufgenommen worden.

TOP 20

Allgemeine Anfragen

20.1 Vorlage 090/2017

Stadträtin Höfler gibt an, dass Sie im Ratsinformationssystem auf die Vorlage 090/2017 gestoßen sei, obwohl diese noch gar nicht beraten werde.

Der Vorsitzende verweist hierzu auf die nächste Gemeinderatssitzung.

20.2 Burschenke Rötteln

Stadtrat Claassen erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich der Verpachtung der Burschenke Rötteln.

Der Vorsitzende verweist hierzu auf einen Bericht im nächsten Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales.

20.3 Antrag Sozialraumquote

Stadtrat Bernnat übergibt der Verwaltung einen Antrag der Fraktion der SPD hinsichtlich der Festsetzung einer Sozialraumquote (Anlage 2).

20.4 Antrag Aufwertung Sensor Platz

Stadträtin Cyperrek übergibt der Verwaltung einen Antrag der Fraktion der SPD hinsichtlich der Aufwertung des Sensor Platzes (Anlage 3).

20.5 Spenden Balkenhol

Stadträtin Höfler erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich des Eingangs von Spenden für die Skulptur des Künstlers Balkenhol.

20.6 Vergabe Hallen an politische Parteien

Stadtrat Koesler wolle wissen, welches Vorgehen die Stadt bei der Vergabe von Hallen an politische Parteien vor Wahlen pflege.

Der Vorsitzende gibt an, dass eine Vergabe von Hallen an politische Parteien vor Wahlen möglich sei, jedoch nur, wenn die jeweilige Halle nicht bereits belegt ist.

Bürgermeister Dr. Wilke verweist in diesem Zusammenhang auf die städtische Miet- und Entgeltordnung.

TOP 21

Fragestunde der Einwohner/innen

keine

TOP 22

Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 22.1 Schreiben des Kantons Basel-Stadt vom 7. April und 14. Juni 2017 hinsichtlich des Öffnens des Geothermiebohrlochs in Basel
- 22.2 Information des FB Umwelt und Klimaschutz vom 12. Juni 2017 zur Lärmaktionsplanung des Eisenbahn-Bundesamtes: Ankündigung zur Öffentlichkeitsbeteiligung
- 22.3 Stellungnahme des FB Straßen/Verkehr/Sicherheit vom 23. Mai 2017 hinsichtlich der Anfrage von Stadtrat Lusche zum Rückstau beim Kreisel Brombacher Straße, Höhe Gewerbegebiet

- 22.4 Schreiben des Ministeriums der Justiz und für Europa Baden-Württemberg vom 24. Mai 2017 hinsichtlich der Umstrukturierung der Arbeitsgerichtsbezirke Freiburg und Lörrach

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: